

EINRICHTUNGEN ZUR SCHULDEMOKRATIE

ARBEITSWISSEN

Demokratie und Schule ist erst seit 1974 ein Thema, als in der Ära Kreisky die Schülermitverwaltung gesetzlich verankert wurde. Vor dem Hintergrund einer prosperierenden Wirtschaft gewann Bildung zusätzliche Bedeutung. In den 1970er-Jahren gab es sozialdemokratische Alleinregierungen (bis 1983), das Masseneinkommen stieg von 1970 bis 1977 in Österreich real um 41,9 Prozent die durchschnittliche Arbeitslosenrate lag bei 1,9 Prozent.¹

Durch den Erdölschock 1974 kam es ab Mitte der 1970er-Jahre zu einem Rückgang des Wirtschaftswachstums. Unter Unterrichtsminister Fred Sinowatz kam es in dieser Zeit zu umfassenden Demokratisierungsprozessen in der Schule. Bis dahin war Schule streng hierarchisch organisiert, hatte eher militärische und obrigkeitshörige Strukturen und nichts mit Demokratie zu tun. Ausnahmen stellten nur die Reformen des sozialdemokratischen Schulpolitikers Otto Glöckel in Wien während der Ersten Republik bzw. Modelle von Alternativschulen dar.

Heute befindet sich die Schule – infolge der Autonomie – wieder in einem Umbruch. Der Servicecharakter wird stärker betont, Schulen konkurrieren miteinander, neue Steuerungsmodelle werden überlegt, Schulen werden zunehmend zu Einrichtungen, die im Rahmen von Management und Leadership strategische Zielsetzungen formulieren. In diese Zielsetzungen sind verstärkt die Schülermitverwaltungsorgane am Schulstandort eingebunden, die Gremien der Schuldemokratie.

Abgesehen von diesen normativen Bestimmungen – wie sieht es mit dem Alltagsleben innerhalb der Schulen aus?

Greifen gesetzliche Reformen überhaupt?

In der Art und Weise, wie schulisches Arbeiten organisiert ist, werden auch Verhaltensweisen bei Kindern und Jugendlichen gefördert oder vernachlässigt. Soziale Beziehungen in den Schulen geben Zeugnis von den Herrschaftsmustern der jeweiligen Zeit. Schule sozialisiert die künftigen Generationen, wie in der Schule gearbeitet wird, hat etwas mit den erwünschten Verhaltensweisen der künftigen Generation zu tun. Demokratisches Verhalten war im Kaiserreich und in Zeiten von Diktaturen nicht erwünscht. Die Schule war daher autoritär und unterdrückend. Im 18. und 19. Jahrhundert war die Prügelstrafe als Mittel der Disziplinierung vorherrschend, körperliche Züchtigung stand an der Tagesordnung. Aber obwohl solches seit 1972 in Österreich gesetzlich verboten ist, sind junge Menschen, die seither die Schule besuchten, noch immer vereinzelt geschlagen worden.

Heute kommt der Druck auf die Schule zunehmend über ein wirtschaftlich geprägtes Umfeld durch Leistungsanforderungen und Konkurrenz.

Man muss sich die massiven Widersprüche im Schulsystem vor Augen halten. Trotz aller Modernisierung ist Schule nach wie vor hierarchisch geregelt.

Gerade in Bezug auf Leistungsstandards, auf zu erreichende Kompetenzen und die Vorgaben des Arbeitsmarkts ist der Druck in der Schule eher gestiegen. Schule hat daher in Hinblick auf die Bildung aller fördernde Wirkung aber eben auch die Wirkung der Selektion -- am Arbeitsmarkt werden die Fähigkeiten der jungen Menschen maßgeblich danach beurteilt, welche Schule sie besucht haben bzw. welchen Ruf diese Schule hat. Die Schülermitverwaltung gibt den SchülerInnen eine Möglichkeit zur demokratischen Partizipation in der Schule. Hier kann Demokratie geübt werden. Es gibt aber auch Schulen, in denen sich SchülerInnen überhaupt nicht um Funktionen in der Schülermitverwaltung „reißen“, diese eher als Alibifunktionen sehen und sich lieber aufs Lernen konzentrieren wollen. Hier beginnt möglicherweise die „Politikverdrossenheit“, auf die der Europarat schon 2005 hingewiesen hat (siehe www.coe.int/edc).

Warum kommt es zu diesen Widersprüchen?

LehrerInnen haben es mit Jugendlichen und Kindern zu tun. Manchen fällt da ein dialogisches Umgehen miteinander schwer. Der Altersunterschied sollte aber Partizipation nicht im Wege stehen, das ist eine Frage der demokratischen Kultur. Auch die Aufsichtspflicht von LehrerInnen steht dem nicht im Wege, sie bezieht sich ja nur auf ganz bestimmte, im Gesetz definierte Fälle, in erster Linie mit dem Ziel, Gefahren von SchülerInnen abzuwenden.

Schwieriger ist es schon mit der Tatsache, dass Schule für Unterrichtende der Arbeitsplatz ist, es geht für sie um beruflich existenzielle Fragen, SchülerInnen und Eltern verbringen nur eine gewisse Zeitspanne in der Schule und kommen in einem Organigramm – also der grafischen Darstellung der Organisationsstruktur – des Betriebs Schule nach traditioneller Auslegung gar nicht vor. Auch mit der Bezeichnung „KundInnen“ oder „KlientInnen“ werden sie damit eher dem Umfeld zugerechnet, statt sie als den wichtigsten Bestandteil der Schule zu verstehen, um den sich letztendlich alles dreht und für den Schule gemacht ist.

1 http://www.parlament.gv.at/PG/DE/XIV/NRSITZ/NRSITZ_00059/imfname_101796.pdf (12.10.2009)